

Thüringer Firmenchefs so pessimistisch wie nie

25.03.2025, von **Bernd Jentsch** – Thüringer Allgemeine

Erfurt. Der Druck auf die Automobilzulieferer steigt, immer weniger wollen in ihre Standorte in Thüringen investieren. Das fordern sie von der Politik.

Der Umsatz und die Beschäftigtenzahl in der Thüringer [Autozulieferbranche](#) sind im zurückliegenden Jahr auf einen neuen Tiefpunkt abgesunken.

Nur noch sechs Prozent der befragten Unternehmen rechnet laut dem Branchenverband **Automotive Thüringen** mit einem Wachstum. „Nicht einmal mehr die Hälfte der Firmen können sich Investitionen in ihren [Standort in Thüringen](#) vorstellen“, bestätigt der Geschäftsführer von Automotive Thüringen Rico Chmelik.

Thüringer Firmenchefs erwägen Investitionen im Ausland

Noch vor drei Jahren hätten dreiviertel der Firmenlenker weitere Investitionen in ihre Thüringer Werke geplant. „Die hohen [Energie- und Personalkosten](#) am Standort Deutschland lassen die Unternehmer über **Investitionen** in anderen Regionen der Welt nachdenken“, so Chmelik.

Der Verband begrüßte die Wiederauflage des Branchendialogs „**Automobilindustrie in Thüringen**“ durch das Wirtschaftsministerium nach einer fünfjährigen Unterbrechung. Dazu kamen in Erfurt Vertreter der Landesregierung, von Kammern, Verbänden und der Arbeitsagentur sowie Unternehmer zusammen, um sich über aktuelle Entwicklungen auszutauschen.

Zugang zu Fördermitteln für kleinere Firmen vereinfachen

„Wir haben die Politik aufgefordert, alles was nichts kostet und schnell umzusetzen ist, sofort anzugehen“, sagt Chmelik. Dazu zähle aus seiner Sicht etwa ein erleichterter Zugang zu **Fördermitteln** für kleine und mittelständische Unternehmen. Auch die Anerkennung von erworbenen Materialien oder Anlagen als Eigenmittel bei der Kreditvergabe sei ein weiteres Anliegen.

Es sei Aufgabe der Politik die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, [erklärte Thüringens Wirtschaftsministerin Colette Boos-John \(CDU\)](#) „Die Unternehmen benötigen mehr Investitions- und Handlungsspielräume, um in neue Technologien, Märkte und Geschäftsfelder zu investieren“, so Boos-John. Mit dem Branchendialog wolle man einen Beitrag dazu leisten, damit die Branche in der aktuell schwierigen Lage endlich wieder ‚Beinfreiheit‘ bekommt.

Staatliche Belastungen und Vorgaben reduzieren

Dafür müssten [Energie- und Bürokratiekosten](#) sinken, die Fachkräfteverfügbarkeit verbessert, unternehmensgetriebene Forschungsaktivitäten intensiviert und verlässliche Förderanreize geschaffen werden. Staatliche Belastungen und Vorgaben sollten auf ein Minimum reduziert werden.

Allerdings mahnte die Ministerin auch den „Mut zu Veränderungen“ bei den Unternehmern an. „Wir sollten jedoch nicht nur über die Transformation in der unmittelbaren Automobilbranche sprechen, sondern auch die Möglichkeit der [Diversifizierung](#) und des Wachstums in anderen Sektoren etwa der Medizintechnik oder der Verteidigung diskutieren“, sagte Boos-John. Insgesamt gehe es ihr darum, den Bestand der **Industriearbeitsplätze** in der Region zu erhalten.